Bündnis für Flüchtlinge

Ein parteiübergreifender Aktionskreis will die Integration von Asylbewerbern in Fürstenfeldbruck fördern

Fürstenfeldbruck – Informieren und Verständnis für die Flüchtlinge aufbauen, das will der jüngst gegründete überparteiliche Aktionskreis. Ihre Pläne und Ziele stellten dessen Mitglieder, Vertreter der im Stadtrat vertretenen Parteien bei einer Pressekonferenz am Dienstag vor. Sie wollen die Anwohner der Kreisstadt und Emmerings über die Situation der Asylbewerber vor Ort informieren und vorhandene Ängste abbauen. In Zusammenarbeit mit dem Emmeringer Gemeinderat, Oberbürgermeister Klaus Pleil (BBV) und Landrat Thomas Karmasin (CSU) wollen sie um Verständnis in der Bevölkerung für die Lage der Flüchtlinge werben, erklärte der Vorsitzende der BBV, Fred Härtl. Feindseligkeit gegenüber den Hilfesuchenden dürfe man gar nicht erst aufkommen lassen. Die Brucker müssten abgeholt und mitgenommen werden, sagte Dieter Roiger (CSU). Wenn jeder „ein bisschen von seinem Ich wegrückt, hin zum Wir", dann könne man diesen „Ausnahmezustand" bewältigen, fügte Axel Lämmle (SPD) hinzu. Demnächst werde es ein Info-Schreiben an die Brucker und Emmeringer Bürger geben, so Härtl. Zeitnah plane der Aktionskreis, die Bürger dann auf einer Veranstaltung über die derzeitige Lage und ihre künftige Entwicklung aufzuklären. Darüber hinaus hält Lämmle jeden aufgeklärten Bürger dazu an, sich selbst zu informieren. Jeder Mensch habe eine Verantwortung für diese Gesellschaft und somit auch für die Flüchtlinge, sagte er.

Überparteilicher Konsens: Dieter Pimeskern, Georg Stockinger, Jan Halbauer, Andreas Lohde, Fred Härtl, Andreas Ströhle (von links) wollen über die Flüchtlinge und ihre Situation in Bruck informieren. Und zwar zeitnah. FOTO: CARMEN VOXBRUNNER

Svenja Bille, die Vorsitzende des SPD-Ortsvereins und ihr Kollege Härtl von der BBV packten die Idee zu dem parteiübergreifenden Bündnis vor zwei Wochen auf den Tisch. Zu viele Gerüchte über Asylbewerber haben sie gehört. Mittlerweile haben die Fraktionsvorsitzenden aller Parteien im Stadt- und Gemeinderat den Beitritt zum Aktionskreis unterzeichnet.

Viel Mist werde verzapft, sagte Härtl. Dabei sei es zum Beispiel „völliger Quatsch", dass jeder Flüchtling vom Landratsamt ein neues Radl bekommt. Auch über die Höhe der Leistungszahlungen seien die unsinnigsten Zahlen im Umlauf. Für Gemeinplätze soll ebenfalls kein Platz sein. „Jeder Asylbewerber ist ein Individuum", sagte Andreas Ströhle (Piraten). Man dürfe nicht „alle über einen Kamm scheren".

Der Aktionskreis wolle diesen Gerüchten entgegenwirken, indem er Dingen auf den Grund geht, sagte Andreas Lohde (CSU). Zum Beispiel meinten Leute auch, dass ihre Bauanträge im Bauamt nicht mehr bearbeitet werden, weil das Landratsamt sich nur noch um Flüchtlingsangelegenheiten kümmert. Doch das stimme nicht, sagte Lohde. Die Aufgabe des Polit-Bündnisses sei es deshalb auch, der Bevölkerung zu verdeutlichen, dass „der laufende Prozess der Verwaltung nicht unter der zusätzlichen Belastung leidet".

Entgegen eines Gerüchts bekommen die Flüchtlinge auch keine Handys von den Behörden gestellt. Diese brächten die Asylsuchenden mit, sagte SPD-Fraktionsmitglied Lämmle. Für die Organisation ihrer Flucht sei ein Handy mitunter unglaublich wichtig. Die Glaubhaftigkeit ihres Flüchtlingsstatus an den mitgebrachten Wertgegenständen festzumachen, sei absurd. „Selbst wenn sie mit einem Kleinwagen hier ankämen", sagte er, so würden sie trotzdem vor den unmenschlichen Gefahren in ihrer Heimat fliehen.

Keine Illusion machen sich die Politiker allerdings darüber, dass sie rechten Ressentiments vollständig den Garaus machen können. Deshalb sei „Wachsamkeit" sehr wichtig, sagte Lämmle. Doch alle sind sie zuversichtlich, dass Brücken zwischen Bevölkerung und Asylbewerbern geschlagen werden können. Bei dem Fußballspiel am Samstag habe man gesehen, dass es funktioniert, sagte Ströhle. Gegen ein paar „pfundige Kerle" von den Asylbewerbern habe die BBV da gespielt. MARKUS MAYR

Süddeutsche Zeitung - Ausgabe vom 29.10.2014